





3. Verbandstreffen IG eHealth

Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (13.050)

24. Juni 2013, Hotel Bern, Bern

IG eHealth
Amthausgasse 18
3011 Bern
info@ig-ehealth.ch



Traktanden

- 1. Inputreferat Dr. pharm. Salomé von Greyerz (BAG)**
- 2. Erfahrungen aus verschiedenen kantonalen Projekten**
Ableitung gesetzgeberischer Bedarf
Urs Stromer, Präsident IG eHealth
- 3. Diskussion ausgewählter Artikel im EPDG**
Änderungswünsche Sicht IG eHealth
Walter Stüdeli, Geschäftsführer IG eHealth
- 4. Diskussion Massnahmen**
- 5. Varia / Vorgehen**

2



1. Inputreferat BAG

Inputreferat Dr. pharm. Salomé von Greyerz
Leiterin Abteilung Gesundheitsstrategien
Stv. Leiterin Direktionsbereich Gesundheitspolitik
Bundesamt für Gesundheit BAG

3



2. Kantonale Erfahrungen

2. Erfahrungen aus kantonalen Projekten
Ableitung gesetzgeberischer Bedarf

Urs Stromer, Präsident IG eHealth
Projektleiter eHealth Schweizerische Post

4






3. Diskussion ausgewählter Artikel
Sicht IG eHealth

Zwei entscheidende Punkte:

- 1. Patientenidentifikation / Datenschutz**
 - Lösung muss sicher und verständlich sein (Vertrauen)
 - Ansonsten besteht die Gefahr eines Referendums
- 2. Anreizsysteme / Finanzierung**
 - Doppelte Freiwilligkeit ist politische Realität
 - Systemnutzen kommt zum Tragen, wenn kritische Menge an Nutzern Patientendossiers verwendet
 - Es braucht Anreizsysteme, damit die Zahl der Nutzer von Anfang an steigt.
 - Risiko Ausgabenbremse?

5






3. Diskussion ausgewählter Artikel

Art. 1 Gegenstand und Zweck
Ergänzungen gemäss Vernehmlassungsantwort IG eHealth

³ Mit dem elektronischen Patientendossier sollen die Qualität der Behandlungsprozesse und die gesundheitsrelevanten Behandlungsergebnisse verbessert, die Patientensicherheit erhöht, die Gesundheitskompetenzen der Nutzer gefördert und die Effizienz des Gesundheitssystems gesteigert

6





3. Diskussion ausgewählter Artikel

Art. 3 Patientenidentifikationsmerkmal (2a neu)

- Die Patientenidentifikationsnummer dient ausschliesslich als Merkmal zur technischen Feststellung der Patientenidentität.
- Eine Verwendung der Patientenidentifikationsnummer zur Dokumentation von Behandlungen ist nur dann erlaubt, wenn die Beziehung zwischen der Patientenidentifikationsnummer zu den dokumentierten Ereignissen nachweislich wieder aufgetrennt werden kann.

7





3. Diskussion ausgewählter Artikel

Art. 6 Weitere Verwendungszwecke der Patientenidentifikationsnummer (Konkretisierung)

Die Patientenidentifikationsnummer darf im Gesundheitsbereich für weitere Zwecke systematisch als Patientenidentifikationsmerkmal verwendet werden, wenn eine formelle gesetzliche Grundlage dies vorsieht und der Verwendungszweck sowie die Nutzungsberechtigten bestimmt sind.

8






3. Diskussion ausgewählter Artikel

Art. 16 Koordination (Ergänzung)

- **Bestehend:** Bund fördert Koordination zwischen den Kantonen und interessierten Kreisen mittels Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch
- **Zusatz:** Bund fördert die Harmonisierung der gesetzlichen Bestimmungen zur Bearbeitung der Daten des elektronischen Patientendossiers.

9

3. Diskussion ausgewählter Artikel


Art. 18 Evaluation (Zweck der Evaluation umschreiben)

2 (bestehend): Es erstattet dem Bundesrat nach Abschluss der Evaluation Bericht über die Resultate und unterbreitet ihm Vorschläge für das weitere Vorgehen.

Aufgabe Evaluation: Zielerreichung Zweckartikel prüfen und Massnahmen vorschlagen:

- Qualität der Behandlungsprozesse und gesundheitsrelevanten Behandlungsergebnisse verbessern
- Patientensicherheit erhöhen
- Gesundheitskompetenzen der Nutzer fördern
- Effizienz des Gesundheitssystems steigern

10




3. Diskussion ausgewählter Artikel

7. Abschnitt: Finanzhilfen / Optionen

1. **Anschubfinanzierung Gemeinschaften (20-40 Gem.)**
 - a) Vorschlag BR (50/50), rückwirkende Zahlungen mgl.
 - b) stärkere Zweckgebundenheit?
 - c) Problematik Ausgabenbremse?
2. **Tarifliche Anreize**
 - a) Einigung Tarifpartner Art. 46 KVG Tarifvertrag
 - b) Subsidiäre Kompetenz BR Berset Art. 43 Abs. 5^{bis} KVG
 - c) Tarifierreiz verpflichtend im Gesetz festlegen?
3. **Prämienanreize OKP**
 - a) Eigenverantwortung & Gesundheitskompetenz stärken

11




4. Diskussion Massnahmen

Nächste Schritte Parlament

- Informationsanlass der SGK zum Thema «eHealth», Mittwoch, 14. August 2013 (13h30 – 18h00), Inselspital Bern
- Durchführung Hearing (offen) / Beratung in SGK S im 4. Quartal (Termin offen)

12




4. Diskussion Massnahmen

Nächste Schritte Verbände












- Änderungswünsche sollten idealerweise bereits in der Kommission des Erstrats (= Ständerat) deponiert werden
- Änderungswünsche & Antragsteller sollten idealerweise unter den Verbänden abgesprochen werden:
 - Miteinander: grösste Erfolgswahrscheinlichkeit
 - Neutral: Resultat offen
 - Gegeneinander/Partikularinteressen: ggf. Blockade
- Problematik: vermutlich bescheidene Affinität der Mitglieder der SGK S zum Thema eHealth

13



Mitglieder SGK S

Präsident/in und Mitglieder aus dem Ständerat (13)

 Egerszegi-Obrist Christine Präsidentin (FDP-Liberale, AG)	 Bischofberger Ivo	 Bruderer Wyss Pascale	 Diener Lenz Verena	 Eberle Roland
 Graber Konrad	 Gutzwiller Felix	 Keller-Sutter Karin	 Kuprecht Alex	
 Maury Pasquier Liliane Vize-Präsidentin	 Rechsteiner Paul	 Schwaller Urs	 Stöckli Hans	

14



Behandlung in den Räten



```

graph TD
    KE[Kommission Erstrat] --> E[Erstrat]
    KE --> KZ[Kommission Zweitrat]
    E --> DB[Differenzbereinigung]
    KZ --> Z[Zweitrat]
    Z --> DB
    DB --> SA1[Schlussabstimmung]
    DB --> SA2[Schlussabstimmung]
  
```

- Bis zu 3x in jedem Rat / Schlussabstimmung
- Fakultatives Referendum

15



5. Varia / Vorgehen



Weiteres Vorgehen

- Finalisierung Änderungswünsche und Begründungen der Verbände
- Gemeinsame Absprache unter den Verbänden
- (gemeinsame/koordinierte) Kontaktnahme mit ausgewählten Mitgliedern der SGK S und weitere Personen

16